

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- Abgeordnete fordern Einfrieren der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- Verteidigung: Parlament fordert mehr Zusammenarbeit zum Schutz Europas 3
- Steuerhinterziehung: Parlament für automatischen Austausch von Bankdaten 3
- CETA: Parlament verzichtet auf Vorlage vor den EuGH 4

Rat der EU

- Gipfeltreffen EU-Ukraine: Beratungen über Reformen und Visaliberalisierung 4
- Einigung auf EU-Verordnung zu Konfliktmineralien 5

Europäische Kommission

- Kommission will Start-ups in Europa stärker fördern 5
- Kommission präsentiert Maßnahmenpaket zu Unternehmensinsolvenzen 6
- Nachhaltige Entwicklung: EU setzt Prioritäten fest 6
- Kommission legt Bericht zur Umsetzung des Europäischen Milchpakets vor 7

Sonstiges

- Gesundheitsausgaben: Österreich auf Platz sechs im EU-Vergleich 7
- ÖsterreicherInnen vertrauen ihren Medien mehr als EU-Durchschnitt 8

Ihre Stimme in Europa

- Laufende Konsultationen 9

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 10

Tagesordnungen der Institutionen 11

Impressum und Abbildungsverzeichnis 11

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Abgeordnete fordern Einfrieren der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Das Europäische Parlament forderte am 24. November 2016 mit großer Mehrheit ein Einfrieren der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei. Auf die nicht-bindende Forderung reagierte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan mit der Drohung, das Flüchtlingsabkommen aufzukündigen.



In einer am 24. November 2016 in Straßburg angenommenen Entschließung sprachen sich die EU-Abgeordneten mit einer klaren Mehrheit für das vorläufige Einfrieren der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei aus. Von 623 ParlamentarierInnen stimmten 479 dafür, nicht weiter mit Ankara über offene Verhandlungskapitel zu sprechen und keine neuen Kapitel zu eröffnen. Der Entschluss des EU-Parlaments ist eine Reaktion auf das Vorgehen der türkischen Führung gegen Staatsbedienstete, Medien und Oppositionelle nach dem Putschversuch im Juli 2016. Die Entschließung ist eine Aufforderung an die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission, die für die Beitrittsgespräche zuständig ist. Rechtlich ist sie nicht bindend, ihr kommt aber eine hohe Symbolkraft zu. Unter den EU-Staaten fand sich zuletzt keine Mehrheit für das Einfrieren der Gespräche. Österreich pocht hingegen schon seit längerem auf einen Stopp der Beitrittsverhandlungen. Wichtig war den EU-Abgeordneten, dass es sich um eine temporäre Forderung handelt. Sie wollen ihre Position überprüfen, sobald die Türkei den Ausnahmezustand aufgehoben hat. Die EU-Abgeordneten forderten zudem, dass eine Wiedereinführung der

Todesstrafe automatisch eine formale Suspendierung der Beitrittsverhandlungen zur Folge haben soll.

Erdoğan reagierte darauf mit der Drohung, die Grenzen für die Flüchtlinge Richtung Europa zu öffnen. Unterdessen stellte der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, den Willen der türkischen Regierung zur EU-Mitgliedschaft in Frage. Seit etwa zwei Jahren distanzieren sich das Land zunehmend von europäischen Werten, so Juncker. Erdoğan und seine Regierung seien dabei, Europa im voraus die Schuld für ein Ende der Beitrittsverhandlungen in die Schuhe zu schieben, so Juncker weiter. Als Beispiel nannte der Kommissionspräsident die von der Türkei erhoffte Visumfreiheit für ihre BürgerInnen. Von den vereinbarten 72 Bedingungen habe die Türkei erst 67 erfüllt. Auch Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) wies die Drohung Erdogans hinsichtlich einer Grenzöffnung zurück. Europa darf sich nicht erpressen lassen und muss eigenständig seine Grenze schützen, erklärte Kurz am 25. November 2016 in einer Aussendung.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Verteidigung: Parlament fordert mehr Zusammenarbeit zum Schutz Europas

Am 22. November 2016 nahm das Europäische Parlament eine Entschließung zur europäischen Verteidigungsunion an. Die Abgeordneten schlagen vor, 2% des BIP für Verteidigungszwecke auszugeben und multinationale Streitkräfte aufzustellen.



In der Entschließung werden unter anderem Terrorismus sowie Bedrohungen der Cybersicherheit und der Energieversorgungs-

sicherheit als größte Herausforderungen genannt. Diese lassen den EU-Ländern keine andere Wahl als ihre sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit auszuweiten, so der Entschließungstext. Weiterhin befürwortet das Parlament die Einrichtung eines EU-Hauptquartiers zur Planung und Führung gemeinsamer Operationen.

Eine Schlüsselrolle in Europas neuer Verteidigungsstrategie kommt der gemeinsamen Rüstungsforschung zu. Ziel ist es, die europäische Rüstungsindustrie international wettbewerbsfähiger zu machen, um im Ernstfall nicht von Drittstaaten abhängig zu sein. 90 Mio. Euro hat die EU zunächst für vorbereitende Maßnahmen veranschlagt. Weitere 500 Mio. Euro sollen die Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Programms für Verteidigungsforschung ab 2021 jährlich beisteuern.

[Mehr Informationen](#)

Steuerhinterziehung: Parlament für automatischen Austausch von Bankdaten

Das Europäische Parlament unterstützt in einer Entschließung vom 22. November 2016 die Position des Rates zur Überarbeitung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung. Durch diese sollen Steuerbehörden auf Informationen aus der Geldwäschebekämpfung zugreifen können.

Die Richtlinie wird die Mitgliedstaaten verpflichten, den Zugang zu Informationen über das wirtschaftliche Eigentum von Unternehmen zu ermöglichen. Die mit der Bekämpfung der Geldwäsche befassten Steuerbehörden in der gesamten EU sollen in die Lage versetzt werden, automatisch Informationen über Kontosalde oder Einkünfte wie Zinsen und Dividenden auszutauschen. In der Entschließung weist das

Parlament darauf hin, dass gerade wegen der Verbindungen zwischen Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Kriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung eine verstärkte Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten notwendig ist.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

CETA: Parlament verzichtet auf Vorlage vor den EuGH

Das Europäische Parlament sprach sich am 23. November 2016 gegen eine Prüfung des EU-Kanada-Freihandelsabkommens CETA durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) aus.

89 EU-Abgeordnete hatten ein Gutachten des Gerichtshofes der EU zur Vereinbarkeit des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) mit den EU-Verträgen gefordert. 419 ParlamentarierInnen stimmten gegen eine solche Prüfung, vor allem Christ- und Sozialdemokraten. Konkret hätte sich dem Entschließungsantrag zufolge der Gerichtshof mit der Frage der Kompatibilität der im Abkommen vorgesehen Investitionsschutzbestimmungen mit

den EU-Verträgen auseinandersetzen sollen. Bereits im Juni dieses Jahres hatte der Juristische Dienst des Europäischen Parlaments die Vereinbarkeit des Investitionsschutz-Kapitels mit den EU-Verträgen bestätigt. Damit ist nun der Weg frei für eine Abstimmung über das Abkommen im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) am 5. Dezember 2016.

[Mehr Informationen](#)

Rat der EU

Gipfeltreffen EU-Ukraine: Beratungen über Reformen und Visaliberalisierung

Am 24. November 2016 kamen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der EU mit dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko in Brüssel zum 18. EU-Ukraine-Gipfel zusammen. Im Fokus des Gipfels standen Beratungen über die Umsetzung der ukrainischen Reformagenda und die Visaliberalisierung.

Donald Tusk, der Präsident des Europäischen Rates, und Jean-Claude Juncker, der Präsident der Kommission, haben der Ukraine Fortschritte bei der Umsetzung der Reformen bescheinigt. Es wurden 15 Mio. € zur Unterstützung eines Korruptionsbekämpfungs-Programms und 104 Mio. € für die Reform der öffentlichen Verwaltung bestätigt. Des Weiteren wurden die jüngsten Schritte im Hinblick auf einen visumfreien Reiseverkehr für ukrainische Staatsangehörige bei Reisen in die EU und umgekehrt diskutiert. Die Ukraine habe alle Auflagen für eine

Visaliberalisierung erfüllt, die von der EU gefordert worden waren, so Juncker. Er bleibe überzeugt, dass die Visa-Liberalisierung noch vor Jahresende möglich sei. Weitere Abkommen etwa im Bereich Korruptionsbekämpfung, Zusammenarbeit mit Europol und die weitere Unterstützung der OSZE-Beobachtermission standen ebenfalls auf der Tagesordnung. Die EU und die Ukraine unterzeichneten zudem eine neue Vereinbarung über eine strategische Energiepartnerschaft.

[Mehr Informationen](#)



Rat der EU

Einigung auf EU-Verordnung zu Konfliktmineralien

Am 22. November 2016 einigten sich das Europäische Parlament und der Rat auf eine neue Verordnung, mit der der Handel mit Mineralien aus Konfliktgebieten (Konfliktmineralien) eingedämmt werden soll.

EU-Unternehmen müssen künftig ihrer Sorgfalts- und Transparenzpflichten nachkommen, wenn sie die Rohstoffe Zinn, Tantal, Wolfram und Gold beschaffen. Diese Wertstoffe werden in Gebrauchsgegenständen wie Mobiltelefonen, Spielekonsolen, Autos oder Schmuck verarbeitet. Durch die Verordnung soll die verantwortungsvolle Gewinnung für mehr als 95 % der erwähnten Mineralien ab dem 1. Januar 2021 gewährleistet werden. Darüber hinaus sind eine Reihe weiterer Regeln zur Verbesserung der

Sorgfaltspflicht von „nachgelagerten“ EU-Unternehmen in der Lieferkette vorgesehen. Nicht nur die Minen, Zwischenhändler, Importeure von Rohstoffen, sondern auch die Unternehmen, die die betreffenden Metalle und Mineralien bei der Herstellung ihrer Waren verwenden, müssen künftig nachweisen, woher sie ihre Mineralien beziehen.

[Mehr Informationen](#)

Europäische Kommission

Kommission will Start-ups in Europa stärker fördern

Die Europäische Kommission präsentierte am 22. November 2016 die neue Start-up- und Scale-up-Initiative, mit der sie innovative europäische Unternehmen stärker fördern möchte.

Die Start-up- und Scale-up-Initiative der Kommission bündelt alle bereits von der EU gebotenen Möglichkeiten und setzt einen neuen Schwerpunkt auf Risikokapitalinvestitionen, Insolvenzrecht und Besteuerung. In diesem Kontext will die Kommission gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) einen europaweiten Risikokapital-Dachfonds schaffen. Die EU werde die Ankerinvestition mit bis zu 400 Mio. Euro stellen. Fondsmanager sollen

mindestens dreimal so viel aus privaten Quellen einbringen. Somit lässt sich eine Risikokapital-Finanzierung von mindestens 1,6 Milliarden Euro mobilisieren. Ziel der Initiative ist es, möglichst ideale Rahmenbedingungen für innovative europäische Unternehmen zu schaffen, sodass diese weltweit führend werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission präsentiert Maßnahmenpaket zu Unternehmensinsolvenzen

Die EU-Kommission legte am 22. November 2016 zum ersten Mal ein europäisches Maßnahmenpaket zu Unternehmensinsolvenzen vor. Mit der vorgeschlagenen Richtlinie zielt die Kommission auf effizientere und wirksamere Insolvenzverfahren in der gesamten EU ab.

Konkret sieht die Kommission unter anderem gemeinsame Grundsätze vor, die es in Schwierigkeiten geratenen UnternehmerInnen ermöglichen sollen, frühzeitig eine Umstrukturierung einzuleiten und Arbeitsplätze zu erhalten. „Ehrliche“ insolvente UnternehmerInnen sollen nach spätestens drei Jahren von ihren Altlasten an Schulden befreit werden. Diese Entlastungsbestimmungen sollen UnternehmerInnen aus der Schuldenfalle befreien und ihnen eine zweite

Chance bieten, so die Kommission. Des Weiteren sollen alle EU-Staaten den KreditnehmerInnen Zugang zu Frühwarninstrumenten geben. Diese decken finanzielle Schwierigkeiten auf und ermöglichen damit ein frühzeitiges Eingreifen. Die Kommission erhofft sich von diesen Prinzipien, dass mehr Unternehmen als bisher restrukturiert statt liquidiert werden.

[Mehr Informationen](#)

Nachhaltige Entwicklung: EU setzt Prioritäten fest

Die Europäische Kommission stellte am 22. November 2016 ihre Strategie für eine nachhaltige Entwicklung in Europa und in der Welt vor. In drei Mitteilungen führte die EU-Kommission aus, welche Leitlinien sie zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung verfolgen will.

Im Rahmen der Vereinten Nationen wurde im September 2015 die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ samt ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung beschlossen. In Form von drei Mitteilungen hat die Kommission nun präsentiert, wie diese 17 Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der EU umgesetzt werden sollen. Eine erste Mitteilung zu den nächsten Schritten für eine nachhaltige europäische Zukunft zeigt auf, wie die zehn Prioritäten der „Juncker-Kommission“ zur Umsetzung der 2030 Agenda

beitragen. Eine zweite Mitteilung beschreibt die Neuausrichtung der EU-Partnerschaften mit den Ländern Afrikas, des Karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans als Fortführung der 2020 auslaufenden Cotonou-Abkommen. Eine dritte Mitteilung umfasst die Rahmenbedingungen für die künftige entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit anderen EU-Institutionen und den EU-Mitgliedstaaten.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission legt Bericht zur Umsetzung des Europäischen Milchpakets vor

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 24. November 2016 den zweiten Bericht über die Umsetzung des sogenannten „Milchpakets“, einer Reihe von 2012 eingeleiteten Maßnahmen zur Stärkung der europäischen MilcherzeugerInnen in der Versorgungskette für Milcherzeugnisse.

Aus dem Bericht geht hervor, dass die europäischen LandwirtInnen die Möglichkeiten des Milchpakets zunehmend nutzen. So werden beispielsweise Vertragsbedingungen von LandwirtInnen zunehmend gemeinsam mit Erzeugerorganisationen ausgehandelt. Des Weiteren wird vermehrt auf schriftliche Verträge gesetzt, welche bessere Rückverfolgbarkeit sowie höhere Transparenz ermöglichen. Die EU-

Kommission hat aufgrund leicht steigender Milchpreise (um durchschnittlich 10 % in den letzten drei Monaten) entschieden, rund 22.000 Tonnen eingelagertes Milchpulver wieder auf den Markt zu bringen. EU-Agrarkommissar Phil Hogan sprach von einem vorsichtigen Schritt, um den Marktmechanismus zu testen.

[Mehr Informationen](#)

Sonstiges

Gesundheitsausgaben: Österreich auf Platz sechs im EU-Vergleich

Der Anteil der Gesundheitsausgaben am österreichischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im vergangenen Jahr bei 10,4 %, wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Europäische Kommission am 23. November 2016 mitteilten.

Laut dem veröffentlichten Bericht „Health at a Glance: Europe 2016“ liegt Österreich bei den Gesundheitsausgaben gemessen am BIP mit 10,4 % auf dem sechsten Platz in der EU. Der EU-Durchschnitt lag bei 9,9 % des nationalen BIP - bei erheblichen Unterschieden. Die höchsten Gesundheitsausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung eines Landes weisen Deutschland und Schweden mit je 11,1 % auf. Schlusslicht ist Rumänien mit 5,0 %. Dem Bericht zufolge ist die Lebenserwartung der EU-Bürger

zwischen 1990 und 2014 von durchschnittlich 74,2 Jahren auf 80,9 gestiegen. Allerdings geht dieser Rekordwert nicht immer mit einem gesunden Älterwerden einher. Rund 50 Millionen Menschen sind in der EU mehrfach chronisch krank. EU-weit sterben jährlich mehr als 550.000 Menschen im Erwerbsalter vorzeitig an vermeidbaren Krankheiten.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

ÖsterreicherInnen vertrauen ihren Medien mehr als EU-Durchschnitt

Die ÖsterreicherInnen vertrauen ihren Medien mehr als der EU-Durchschnitt, und zwar entlang aller Medienformen. Das zeigt eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage zu Medienpluralismus und Demokratie, die am 24. November 2016 veröffentlicht wurde.

Demnach gaben 72 % der Befragten in Österreich an, dass die nationalen Medien ihrer Ansicht nach vertrauenswürdige Informationen anbieten. EU-weit liegt dieser Wert dagegen nur bei 53 %. Als besonders zuverlässig betrachten die ÖsterreicherInnen das Radio (78 %), gefolgt vom Fernsehen (77 %) sowie den Zeitungen (66 %). Soziale Medien, Blogs und Videoportale dagegen werden nur von 42 % (EU 28: 32 %) als vertrauenswürdig eingestuft. Dennoch ist die Beteiligung an Diskussionen im Internet entlang

aller Altersgruppen und sozialer Schichten höher als im EU-Durchschnitt: 52 % aller Befragten in Österreich geben an, dass sie Kommentare oder Artikel im Internet, Netzwerken oder Blogs posten, während es EU-weit gerade einmal 28 % sind. Bei den Jungen (15 bis 24 Jahre) ist das Vertrauen in Social Media wenig überraschend am höchsten (EU-weit 40 %).

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung der Fazilität „Connecting Europe“](#) 28.11.2016 – 27.02.2017

[Konsultation zum Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren](#) 25.11.2016 – 25.02.2017

[Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung des Katastrophenschutzverfahrens der Union](#) 24.11.2016 – 23.02.2017

[Offene öffentliche Konsultation im Zusammenhang mit der Halbzeitbewertung des dritten Gesundheitsprogramms \(2014-2020\)](#) 23.11.2016 – 23.02.2017

[Fragebogen zu einer vertieften und umfassenden Freihandelszone mit Tunesien](#) 21.11.2016 – 22.02.2017

[Öffentliche Konsultation – Verbrauchsteuern auf Tabakwaren](#) 17.11.2016 – 16.02.2017

[Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und –intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien](#) 10.11.2016 – 16.02.2017

[Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union](#) 28.10.2016 – 27.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT](#) 28.10.2016 – 28.01.2017

[Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern](#) 28.10.2016 – 23.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologie](#) 21.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Interessenträger – Zwischenbewertung von Horizont 2020](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Betroffenen über das Euratom- Forschungs- und Ausbildungsprogramm](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Offene öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Programms der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation \(EaSI\)](#) 12.10.2016 – 11.01.2017

[Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten der EU-Fusionskontrolle](#) 07.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Eignung der EU-Rechtsvorschriften zu Sicherheit und Effizienz im Seeverkehr](#) 07.10.2016 – 08.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie 75/324/EWG über Aerosolpackungen](#) 30.09.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Aufzugsrichtlinie 95/16/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation im Rahmen der REFIT-Bewertung der Zoo-Richtlinie \(Richtlinie 1999/22/EG des Rates über die Haltung von Wildtieren in Zoos\)](#) 15.09.2016 – 08.12.2016

[Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte](#) 08.03.2016 – 31.12.2016

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Allgemeine und berufliche Bildung

ERA, EFSI, Forschung, Forschungseinrichtungen, Innovation in Forschung, Spitzenleistungen, Stakeholders	WIDESPREAD: ERA Chairs*	15/11/2016 - 05/10/2017 - 15/11/2017	€ 70.000.000
Forscher, Kreativität, Unternehmertum, Innovation, Forschung, Doktorat, Universität, Forschungszentren	MARIE SKŁODOWSKA-CURIE INNOVATIVE TRAINING NETWORKS	10/01/2017	€ 430.000.000
Internationale und Intersektorale Mobilität, Internationaler Austausch, KMU, Drittländer, EU Staaten, Unternehmertum, kreative Ideen, Forschung und Markt, Forscher, Verwaltungs- und technische Mitarbeiter	MARIE SKŁODOWSKA-CURIE RESEARCH AND INNOVATION STAFF EXCHANGE	05/04/2017	€ 80.000.000
Transnationale Zusammenarbeit, Austausch von Best Practices	Trans-national cooperation among Marie Skłodowska-Curie National Contact Points	04/05/2017	€ 1.500.000
Internationale Mobilität, Forschungsdoktorat, Innovation, Spitzenleistung in Forschung	MARIE SKŁODOWSKA-CURIE CO-FUNDING OF REGIONAL, NATIONAL AND INTERNATIONAL PROGRAMMES	28/09/2017	€ 80.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Michaela Moosbrugger

Abbildungsverzeichnis

https://www.flickr.com/photos/european_parliament/31143036096/in/album-72157675288948522/

<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/tuerkei-droht-eu-erdogan-will-todesstrafe-zustimmen-14544553/der-tuerkische-staatspraesident-14544916.html>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20161117IPR51547/verteidigung-parlament-fordert-mehr-zusammenarbeit-zum-schutz-europas>